

20:00 | **Bezirkspolitiker**

## Eine Chance für die Spätis der Hauptstadt

Bezirkspolitiker unternehmen einen neuen Anlauf, den Sonntagsverkauf zu legalisieren. Eine Ausnahmeregelung soll her. Doch eine Gesetzesänderung würde gegen das Grundgesetz verstoßen. *Von Sabine*

*Flatau*

Sonntag für Sonntag kaufen Berliner und Touristen in den Spätverkaufsstellen ein: Milch, Bier, Kaugummi, Waschmittel oder Pastasauce – was man gerade braucht, aber nicht zu Hause hat. Das ist typisch Großstadt. Aber es ist nicht legal. Nach strenger Lesart einer Entscheidung des Berliner Oberverwaltungsgerichts dürfen die Spätis genannten Läden mit ihrem breiten Warenangebot sonntags nicht öffnen – sonst drohen Bußgeldverfahren.

Helfen könnte nur eine Änderung des Ladenöffnungsgesetzes, die den Spätis den Sonntagsverkauf erlaubt. Doch das haben die Fraktionen von SPD und CDU im September abgelehnt. Weil Kirchen, Handelsverband und Gewerkschaft dagegen klagen könnten.

Damit bleibt der Sonntagsverkauf illegal. In zwei Bezirken will man das nicht hinnehmen. Die CDU in Pankow setzt sich dafür ein, den Spätverkaufsstellen eine Ausnahmeregelung zu ermöglichen. Die Bezirksverordneten-Versammlung beschäftigt sich jetzt mit diesem Antrag.

### Keine rechtliche Lösung

"Eine befriedigende rechtliche Lösung für die Spätis gibt es offensichtlich nicht", sagt Pankows Stadtrat Torsten Kühne. Wenn man am Gesetzestext nichts ändern wolle, sagt Kühne, könne man zumindest noch sagen, wie man ihn verstanden haben will. Das Oberverwaltungsgericht habe bei einem Urteil im Frühjahr das Gesetz sehr scharf ausgelegt. Zumindest da könne der Gesetzgeber sagen, dass es anders gemeint sei.

Deshalb will sich Kühne noch einmal an den Senat wenden. "Wir haben eine neue Wirtschaftssenatorin, der ich eine Chance geben möchte", sagt der Stadtrat. Auch in Friedrichshain-Kreuzberg wollen die Bezirkspolitiker den Geschäftsleuten helfen. Die Grünen-Fraktion in der BVV schlägt vor, dass es eine Anhörung geben soll, die sich mit der Bedeutung der Spätis für den Bezirk beschäftigt.

Es soll erörtert werden, "ob das Sonntagsverkaufsverbot der Internationalität Berlins und dem Einkaufsverhalten der Berliner angemessen ist." Die Anhörung, so die Grünen, solle die stadtpolitische Debatte über Spätis befördern und in einer Initiative gegenüber dem Senat und dem Abgeordnetenhaus münden.

### Von Bürgern angezeigt

Schätzungen zufolge gibt es mehr als 1000 Spätverkaufsstellen in Berlin. Einige Hundert seien es in Pankow, meint Stadtrat Kühne. Im vergangenen Jahr registrierte das Bezirksamt in Pankow 95 Verstöße von Spätverkaufsstellen gegen das Ladenöffnungsgesetz. In Neukölln waren es 63, in Lichtenberg 31, in Treptow-Köpenick 27 und in Reinickendorf 13 Verstöße.

Diese Zahlen gab Berlins Arbeitssenatorin Dilek Kolat (SPD) in der Antwort auf eine Anfrage des SPD-Abgeordneten Joschka Langenbrinck bekannt. Nicht alle Bezirke hätten Zahlen geliefert. 2012 wurden 21 Verstöße in Charlottenburg-Wilmersdorf erfasst und zehn in Mitte. Etwa 60 Verfahren bearbeitet das Pankower Bezirksamt derzeit. Einfache Verstöße würden mit 100 bis 200 Euro Bußgeld geahndet, sagt Stadtrat Torsten Kühne (CDU), bei Wiederholung seien es 2500 Euro, bis hin zum Entzug der Gewerbeberechtigung.

Pech haben die Verkaufsstellen, sagt Kühne, die von Bürgern angezeigt werden. "Die werden überprüft." Etwa die Hälfte der Bußgeldverfahren, die derzeit in Pankow laufen, sei auf die Anzeigen eines Anwohners in Prenzlauer Berg zurückzuführen. Sie wurden auch an das

"Die Hinweise des Bürgers werden überprüft", sagt Kühne. "Wenn wir feststellen, dass sie zutreffen, dass das Geschäft tatsächlich sonntags geöffnet hat, dann wird ein Bußgeld verhängt." Wenn der betroffene Ladeninhaber Widerspruch einlegt, dann zieht sich das Verfahren in die Länge. Dann müsse der Bezirk nachweisen, dass es sich nicht um ein einmaliges Vergehen handelt.

### **Hoffnung auf Anhörung**

Kühne hofft darauf, dass es noch einmal eine Anhörung zum Thema Spätis im Abgeordnetenhaus geben wird. "Dafür würde ich zur Verfügung stehen." Denn Senatorin Kolat hatte in ihrer Antwort an den Abgeordneten Langenbrinck zugesagt, der Senat werde alle Möglichkeiten zur Unterstützung der Spätverkaufsstellen ausloten.

Doch ein Sprecher der Senatorin sagte: "Das Ausloten hat ergeben, dass sich eine Möglichkeit, Spätverkaufsstellen an allen Sonntagen zu öffnen, ohne Gesetzesänderung nicht realisieren lässt." Diese Gesetzesänderung würde jedoch nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 2009 gegen das Grundgesetz verstoßen. "Ich finde es frustrierend, dass keine rechtssichere Sonderregelung möglich ist, weil das Bundesverfassungsgericht ganz enge Grenzen für Sonntagsöffnung setzt", sagt Joschka Langenbrinck.

Die Rechtsanwältin Sandra Heuser engagiert sich in der Interessengemeinschaft der Spätverkaufsstellen. "Es geht uns darum, die Situation zu legalisieren, die schon jahrelang geduldet wird", sagt sie. Die Händler haben eine Resolution verfasst und mehr als 12.000 Unterschriften gesammelt. "Wir wollen nicht mehr oder etwas anderes als das, was es jetzt schon gibt", so die Anwältin.